

Beide Historikerkommissionen arbeiteten diskret. Solange die Arbeiten im Gang waren, konnten sich die beiden Kommissionen ohne Störungen von aussen auf ihre Arbeit konzentrieren. Dies war ein Vorteil. Nach Abschluss hätte man sich aber eine stärkere öffentliche Auseinandersetzung mit den Ergebnissen in Form von Ausstellungen und Veranstaltungen oder auch Kulturreisen gewünscht.

Beide Themen haben einen hohen politischen Stellenwert. Diesem Stellenwert entsprechend hat die Politik – und im Fall der Liechtensteinisch-Tschechischen Kommission aus persönlicher Betroffenheit auch das Fürstenhaus – in ausserordentlicher und grosszügiger Weise finanzielle Mittel bereitgestellt. Diese Mittel dienten jedoch nicht der Förderung der freien Wissenschaft, sondern der im Dienst bestimmter politischer Ziele stehenden Geschichtsforschung. So bereichernd die Erträge der Kommissionen auch sind, darf diese Form der Wissenschaftsförderung die Förderung der freien Wissenschaft nicht zu stark konkurrenzieren oder gar ersetzen. Die Praxis der Kommissionen zur überwiegenden Vergabe der Forschungsaufträge an ausländische Historikerinnen und Historiker reduziert zudem die Chancen heimischer Forscher und führt tendenziell zu einer einseitigen Aussenbestimmung des liechtensteinischen Geschichtsbildes.